«Postulat zur Familienunterstützung» überwiesen

Freie Liste zerpflückt DU-Etikettenschwindel

VADUZ Seit 2013 sind Schülerabos der LIEmobil nur während der Schulzeiten gültig. Dies entschied der Landtag im Zuge der Sanierung des Staatshaushaltes. Die DU-Fraktion stimmte dem geschlossen zu. Seither muss je nach Gemeinde ein Aufpreis von 40 bis 80 Franken bezahlt werden, wenn das Schülerabo jederzeit gelten soll. Doch das finden die DUler mittlerweile nicht mehr gut. Ein Postulat soll klären, inwiefern dies rückgängig gemacht werden muss. Es sei an der Zeit, den Familien etwas zurückzugeben, sagte Postulant Erich Hasler. Bei diesen im Verhältnis geringen Beträgen von Familienförderung zu sprechen, «ist ein Hohn», sagte Thomas Lageder. Er ortete «Etikettenschwindel». Dann zeigte der FL-Abgeordnete auf, wie «Die Unabhängigen» in der Vergangenheit gegen die Familien agierten. Ein Beispiel: «DU setzen sich für höhere Beiträge der Eltern an Kitas ein. Ist das Familienförderung?» Lageders Fraktionskollege Wolfgang Marxer fasste es später so zusammen: «Das Postulat hat etwa so viel mit Familienunterstützung zu tun, wie wenn Sie vor jedes Haus einen Bobbycar stellen und dies als Wundermassnahme in Sachen Mobilität verkaufen wollen.» FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehri kürzte sein Votum ab, da er Lageder in vielen Punkten zustimme. Im Gegensatz zu diesem sprach er sich jedoch für eine Überweisung an die Regierung aus, damit die aufgeworfenen Fragen geklärt werden. Ähnlich tönte es bei Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU). Sie erachtet die angedachte Subven-

tion als nicht nachhaltig. Aber vor allem lasse sich die Nachhaltigkeit nicht überprüfen. Von der Regierung wolle sie bei der Beantwortung wissen, ob das Bedürfnis überhaupt bestehe. Sprich: Würden die vielen Gratisabos dann auch genutzt?

Mehr Geburten dank Gratisabos?

Für gröberes Stirnrunzeln sorgte zudem der Umstand, dass sich die Postulanten suggerieren, mit gratis Schülerabos die Geburtenrate steigern zu können. Es ist ihnen offenbar ein Dorn im Auge, dass viele Arbeitsplätze mit Ausländern besetzt werden müssen. Mit 40 bis 80 Franken im Jahr «werden wir die Fortpflanzungsbereitschaft nicht nachhaltig stimulieren», meinte Elfried Hasler (FBP) dazu. Er stellte denn auch die Grundsatzfrage: «Soll Mobilität gratis sein?» und beantwortete diese mit «Nein». Die Preise der LIEmobil seien ohnehin schon sehr attraktiv. Ihm sei klar, dass Familienförderung bei Politikern ein beliebtes, weil populäres, Thema ist. Doch er sehe bei den Busabos keinen Handlungsbedarf. «Nur weil etwas gut ankommt, muss man nicht immer zustimmen.» Anders hielt es Manfred Kaufmann (VU): Es sei zwar nur ein kleiner Betrag, aber doch eine «wertvolle Einsparung» für Familien mit wenig Geld. Postulant Thomas Rehak betonte zum Schluss das Wesentliche: Es ist ein Postulat. Die Regierung soll Fragen beantworten. «Was man umsetzt, kann man danach entscheiden.» Am Ende folgten ihm 16 der 25 Abgeordneten und überwiesen das Postulat an die Regierung. (ds)